

**Bayr: Weltweiter Hunger ist Ergebnis fehlgeleiteter internationaler Politik**

Utl.: Korrekturen in den Bereichen Agro-Sprit, Landwirtschafts-Subvention und Politik des Internationalen Währungsfonds notwendig =

Wien (SK) - "Der Hunger in der Welt wird mehr statt weniger - und wir tragen mit unserer Politik auf EU-Ebene leider einen großen Teil dazu bei", ist Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung besorgt und verlangt eine sofortige Korrektur in drei Bereichen: "Erstens müssen wir unsere Politik des verstärkten Einsatzes von Agro-Treibstoffen auf europäischer Ebene sofort korrigieren. Denn die Verwendung von Anbauflächen in den Entwicklungsländern für unsere Tanks auf Kosten der Mägen in Übersee ist schlicht obszön und lebensbedrohlich für 2,2 Milliarden Menschen auf dieser Welt, die unter dem Existenzminimum leben und sich ihre Nahrung nicht mehr leisten können!" \*\*\*\*

Bayr ergänzt ihre Ausführungen mit Zahlen aus den USA, wo im letzten Jahr 138 Mio. Tonnen Mais für die Produktion von "Bio"-Sprit verwendet wurden, "was den Preis für Mais derart gesteigert hat, dass für die Mexikaner ihr Grundnahrungsmittel unerschwinglich geworden ist!" "Zweitens muss endlich mit der wahnwitzigen Über-Subventionierung der europäischen Landwirtschaft Schluss gemacht werden", ist Bayr überzeugt, "denn die so erzielten Dumping-Preise ruinieren die Landwirtschaft in Afrika - die wichtigste Einkommensquelle für Afrikas Menschen, die zum überwiegenden Teil in bäuerlichen Strukturen leben!" Mit dem Geld der europäischen SteuerzahlerInnen darf nicht der Nahrungsmittelmarkt in Afrika zerstört werden.

Als dritten, ebenso wichtigen Punkt nennt Bayr die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF), der die Auslandsschulden der 122 Entwicklungsländer verwaltet. "Der IWF zwingt - mit dem Einverständnis der EU - die Entwicklungsländer in eine selbstzerstörerische Politik", warnt Bayr, "denn er verlangt im Rahmen sogenannter Strukturanpassungsprogramme eine Konzentration der Landwirtschaft auf die große Plantagenwirtschaft, wo Devisen bringende Produkte statt Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung produziert werden." Diese Devisen werden von den hohen Zinszahlungen an die Gläubiger verschlungen. Stattdessen müssen kleinbäuerliche Strukturen für die Nahrungsmittelproduktion für die Menschen im eigenen Land gefördert werden. "Österreich hat als Teil der Europäischen Union sehr wohl die Möglichkeit, hier richtungsweisend die Stimme der Vernunft zu erheben und international sinnvolle Spielregeln zu verlangen", so Bayr abschließend. (Schluss) ps/mp

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275,  
Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*